



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 176. Ratssitzung vom 21. Januar 2026

5722. 2025/113

Postulat von Dominique Späth (SP), Ursina Merkler (SP), Selina Walgis (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 19.03.2025:
Förderung der Geschlechterdiversität in Bezug auf die Wahl von verschiedenen Berufsfeldern und Studienrichtungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Ursina Merkler (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4424/2025 Laut der Fachstelle für Gleichstellung des Kantons Zürich wählen 75 Prozent der Mädchen nur aus 9 von über 200 Lehrberufen. Bei Jungen ist das Spektrum etwas breiter: 75 Prozent entscheiden sich aus 22 Berufen. Doch auch hier gibt es ein klares Muster. Das ist kein Zufall. In den Bereichen Gesundheit und Soziales sind weiter überwiegend Frauen in der Ausbildung. Männer dagegen dominieren in Technik, Handwerk und IT. Bei Studiengängen zeigt sich ein ähnliches Bild: Männer sind stark in Wirtschaft, Architektur, Ingenieurwesen, Mathematik und Naturwissenschaften vertreten. Frauen hingegen in Geistes- und Rechtswissenschaften sowie Medizin. Besonders deutlich ist der Unterschied im Mathematik-, Informatik-, Naturwissenschaften- und Technik-Bereich (MINT), in dem nach wie vor deutlich weniger Frauen abschliessen. Die zitierte Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) und des Conservatoire de Fribourg (COF) zeigt: Geschlechtsunterschiede entstehen schon sehr früh, teilweise vor dem 15. Lebensjahr. Sie hängen eng mit dem Schulerlebnis und unterschiedlichen Einstellungen zu Mathe und Naturwissenschaften zusammen. Genau deshalb ist es so wichtig, im Schulalltag gezielt gegen Stereotype vorzugehen, bevor sich die Rollenbilder verfestigen. Aktuell wird das Thema oft erst angesprochen, wenn es eigentlich schon zu spät ist; wenn sich die Meinungen, was «für Frauen» oder «für Männer» ist, schon festgesetzt haben. Wenn die Berufs- und Studienwahl nicht Stereotypen, sondern individuellen Fähigkeiten und Interessen folgt, führt das zu mehr Zufriedenheit und hat langfristig wirtschaftliche Vorteile.*

***Martina Zürcher (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 2. April 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Der Hauptgrund, weshalb die FDP-Fraktion das Postulat ablehnt, ist, dass die Unterrichtsinhalte kantonal geregelt sind und auf der Ebene behandelt werden müssen. Als Frau, die in einem Männerberuf arbeitet, möchte ich ein paar zusätzliche Gedanken anbringen. Das eigentliche Problem liegt weniger bei der Schule als vielmehr bei Einzelpersonen und der Gesellschaft. Zur Weihnachtszeit habe ich einen*



Spielwarenprospekt gesehen: Auf der einen Seite ein Junge, der mit Autos und Dinosauriern spielt, mit dem Satz «Nein, Papi, die gehören mir». Auf der nächsten Seite ein Mädchen mit Barbie-Puppe, rosa Kinderwagen und Mikrofon beim Singen. Unseren Kindern wird nicht nur durch solche Prospekte, sondern auch durch Menschen im schulischen und ausserschulischen Umfeld vermittelt, was Mädchen oder Buben angeblich können sollen. Es nützt wenig, wenn wir versuchen, dieses Problem allein über die Schule zu lösen. Vielmehr müssen wir bei uns selbst und in unserem eigenen Umfeld anfangen. So habe ich kürzlich im Foyer bei einem interparteilichen Kaffeegespräch gehört, dass Buben angeblich keine Bücher anschauten. Ich würde die These aufstellen, dass man jedes Kleinkind dafür begeistern kann, hin und wieder ein Buch anzuschauen. Beginnen wir bei uns und in der Gesellschaft, statt die Verantwortung an die Schule zu delegieren.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Martina Zürcher (FDP) hat es richtig gesagt: Das ist eine kantonale Sache. Ich möchte lediglich ergänzen, dass genau jene Partei, die heute diese Forderung stellt, damals, als die SVP verlangte, dass das Volk beim Lehrplan mitreden kann, entschieden dagegen war. Damals wurde gesagt, beim Lehrplan rede niemand ausser den ausgewiesenen Bildungsexperten der Bildungskommission mit. Seit jenem Entscheid kommen sie immer wieder mit Vorstössen hierher, was alles noch in den Lehrplan aufgenommen werden müsste. Vielleicht wäre es hilfreich, die damaligen Protokolle oder die Debatte zur Einführung des Lehrplans 21 im Kantonsrat nachzuhören, insbesondere die eigenen Sprecherinnen und Sprecher. Das ist für uns ein zentraler Grund für die Ablehnung. Hinzu kommen zwei weitere Punkte. Einerseits ist das Anliegen nicht neu. Seit vielen Jahren werden dieselben Forderungen eingebracht. Andererseits geben ihnen die Zahlen nicht recht. Ich weiss, das ist unbequem, aber es ist so: In Ländern, in denen am meisten in Gleichstellung investiert wird, wie in die Förderung von Frauen in MINT-Fächern oder von Männern in sozialen und pädagogischen Berufen, bestehen weiterhin grosse Unterschiede. In gewissen Ländern wie Schweden sind diese Unterschiede trotz – oder gerade wegen – hoher Investitionen sogar grösser geworden. In wohlhabenden Ländern können Menschen ihre beruflichen Präferenzen freier ausleben, und diese unterscheiden sich nun einmal. Es gibt keine Studie, die über all diese Jahre hinweg einen klaren Erfolg solcher Massnahmen belegen würde. Der dritte Punkt ist persönlicher. Ich bin selbst Lehrer und habe in meiner Ausbildung und in meinem beruflichen Umfeld noch nie erlebt, dass Lehrpersonen Mädchen davon abhalten würden, einen technischen Beruf zu ergreifen. Im Gegenteil werden sie motiviert, unterstützt und oft besonders gefördert. Dasselbe gilt umgekehrt für Jungen, die sich für Berufe im Gesundheits- oder Sozialbereich interessieren. Auch dort habe ich stets erlebt, dass Lehrpersonen das positiv aufnehmen und als Chance darstellen, gerade weil in diesen Berufen das untervertretene Geschlecht oft gezielt gesucht wird. Dieses Postulat unterstellt der Lehrerschaft implizit, sie sei eine konservative Gruppe, die Mädchen von technischen Berufen oder Jungen von sozialen Berufen abhielte. Das entspricht schlicht nicht der Realität. Die Realität ist das genaue Gegenteil. Das Postulat ist aus meiner Sicht politische Schaumschlägerei.*



Karin Stepinski (Die Mitte): Meine Vorredner haben viele Argumente gebracht, die ich im Grundsatz unterschreiben kann. Schon vor rund 20 Jahren, als meine beiden Söhne in die Schule kamen, gab es grosse Kampagnen zu diesem Thema. Ich erinnere mich auch an Informationsmaterialien, die damals an die Eltern abgegeben wurden. Insofern stimme ich mit Martina Zürcher (FDP) und Stefan Urech (SVP) überein: Der Lehrplan ist kantonal geregelt, und vielleicht muss man dieses Thema nicht zwingend im Lehrplan verankern. Ich teile auch die Einschätzung, dass die Lehrpersonen einen guten Job machen. Zudem gibt es zahlreiche Studien, die belegen, dass Interessenunterschiede zwischen den Geschlechtern nicht nur international und kulturell übergreifend auftreten. Vieles spricht dafür, dass neben sozialen auch biologische Faktoren eine Rolle spielen. Vor diesem Hintergrund darf man von diesem Postulat und seinen möglichen Auswirkungen keine Wunder erwarten. Ich möchte auch davor warnen, dass auf Eltern, insbesondere von kleineren Kindern, ein zusätzlicher Druck entsteht, ihre Kinder in eine bestimmte Richtung zu lenken. Das Ziel darf nicht eine statistische Gleichverteilung sein, sondern echte Wahlfreiheit. Und genau diese echte Wahlfreiheit ist für die Die Mitte/EVP-Fraktion zentral. Darum unterstützen und überweisen wir das Postulat. Mehr Sensibilisierung und Bildung in diesem Bereich können dazu beitragen, dass wir schrittweise näher an dieses Ziel herankommen, dass MINT-Fächer für Eltern und Kinder langfristig beliebt werden.

Ronny Siev (GLP): Im medizinisch-pflegerischen Bereich und in der Kleinkindererziehung arbeiten fast ausschliesslich Frauen. Maurer, Dachdecker oder Grossbauern sind dagegen fast nur Männer. Ich habe kürzlich gelesen, dass der Beruf mit dem höchsten Männeranteil die Offshore-Ölbohrung ist. Dort gibt es praktisch keine Frauen. Über solche Berufe wird in der Primarschule vermutlich bisher kaum gesprochen. Grundsätzlich sind auch wir der Meinung: Kindern sollen möglichst viele Berufe und unterschiedliche Berufsbilder aufgezeigt werden. Sie sollen sehen, was es alles gibt, und alle Möglichkeiten kennenlernen. Dass ein Junge in die Pflege gehen und ein Mädchen in der Offshore-Ölbohrung arbeiten kann. All das ist möglich. Wir stehen für Gleichstellung und dass alle eine echte Wahlfreiheit haben. Dazu gehört auch, dass Kinder genügend Wissen über die verschiedenen Berufsfelder erhalten. Daher unterstützen wir dieses Postulat.

Sophie Blaser (AL): Ich gebe Martina Zürcher (FDP) in einigen Punkten recht: Es handelt sich um ein gesellschaftliches Problem, das sich nicht allein über die Schule lösen lässt. Nichtsdestotrotz entsteht ein grosser Teil der Vorurteile auch in der Schule. Wenn man sich die PISA-Studie des Jahres 2022 mit dem Fokus auf Mathematik anschaut, sieht man: Mädchen geben viel häufiger an, Matheangst zu haben und sich selbst mathematisch weniger zuzutrauen – trotz gleicher Leistungen wie Jungen. Sie unterschätzen ihre Fähigkeiten in den MINT-Fächern systematisch. Das ist belegt und kein Bauchgefühl. Da im Rat persönliche Erfahrungen oft mehr als Studien zählen, erzähle ich von mir. Stefan Urech (SVP), ich war ein Mädchen in der Sekundarschule mit einem Sechser in Mathematik. Trotzdem kam niemand auf die Idee, mir ein Gymnasium oder einen mathematiknahen Beruf vorzuschlagen. Mir wurde stattdessen der Dienstleistungssektor empfohlen. Ich habe mich damals für die Aufnahmeprüfung am Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium angemeldet, ohne dass jemand davon wusste. Ich habe be-



standen und eine mathematische Matura gemacht. Ich bin nicht die Einzige mit dieser Erfahrung. Das ist die Realität. Lehrpersonen machen das nicht absichtlich. Man ist sich der eigenen Vorurteile oft schlicht nicht bewusst. Es reicht auch nicht, einmal einem Mädchen zu sagen: «Geh doch Fussball spielen.» Diese Muster sitzen tiefer. Mädchen und Jungen werden nach wie vor unterschiedlich beurteilt. Es braucht viel Arbeit, sich dessen bewusst zu werden. Ich sehe im Postulat auch nicht die ultimative Lösung. Hätten wir es geschrieben, sähe es vielleicht anders aus. Aber wir finden es wichtig, dass die Verwaltung auch bei der Sensibilisierung von Lehrpersonen ansetzt. Vielleicht hilft das Postulat ein Stück weit, Verwaltung, Lehrpersonen und Eltern darauf aufmerksam zu machen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Ja, es ist ein gesellschaftliches Problem. Es hat leider immer noch mit Stereotypen und Zuschreibungen von Eigenschaften zu tun. Gesellschaftlich sind wir noch nicht so weit, wie wir es gerne wären. Dazu gibt es zahlreiche Studien, die zeigen, dass solche Prägungen sehr früh entstehen. Darum ist klar: Dieses Postulat ist nur ein kleines Puzzleteil. Es geht nicht darum, alles allein über die Schule zu lösen. Aber die Berufswahl ist ein Thema, das in der Schule sehr präsent ist. Deshalb ist es extrem wichtig, dass die Schule weiterhin einen Beitrag leistet und ein Bewusstsein schafft, aber auch die Eltern miteinbezogen werden. Ängste sollen abgebaut und Eltern begleitet werden können, wenn ein Kind eine Berufsrichtung einschlägt, die nicht den gängigen Geschlechterbildern entspricht und vielleicht Unsicherheiten auslöst. Dafür braucht es sensibilisierte Schulen. Es ist wichtig, dass auch mit den Kindern über diese Themen gesprochen wird und man bspw. Bilderbücher liest, in denen Berufe anders als gewohnt verteilt sind. Mir ist bewusst, dass das in vielen Schulen in der Stadt Zürich bereits sehr gut gemacht wird. Wir finden es richtig, diesen Weg weiterzugehen und zu verstärken. So kann das Postulat als ein Puzzleteil seinen Beitrag zur Gleichstellung leisten.*

Stefan Urech (SVP): *Ich bin etwas erstaunt über meine Nachbarn von der GLP und Die Mitte/EVP. Es heisst stets, dass nur eine Stimme fehle, um hier Abstimmungen zu kippen. Dann sprechen sie zwei Minuten lang gegen dieses Postulat, um am Schluss trotzdem zu sagen: Wir unterstützen es, weil wir das Signal gut und wichtig finden. So könnte man jede Woche ein Postulat für die Demokratie einreichen, um ein Zeichen zu setzen. Mutig wäre es gewesen, nach einer zweiminütigen Begründung über die Sinnlosigkeit eines Postulats zu sagen: «Wir lehnen es ab.» Es ist mehrfach vom Problem gesprochen worden, wenn Frauen in bestimmte Berufe gehen und Männer in andere. Ich möchte dazu festhalten: Über 80 Prozent meiner Vorrednerinnen, die dieses Postulat unterstützen, und rund zwei Drittel derjenigen, die es eingereicht haben, kommen nicht aus technischen oder mathematischen Berufen, sondern sind Historikerinnen, Pädagoginnen oder Sozialarbeiterinnen. Ist das jetzt ein Problem? Für mich ist es jedenfalls keines. Für Sie ja offenbar auch nicht. Darum frage ich mich, worin genau das Problem liegt. Es wird bereits sehr viel getan, weshalb wir diesem Postulat nicht zustimmen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Kurz zur Orientierung, weshalb heute der Vorsteher des Sozialdepartements und nicht der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements vor ihnen steht:*



5 / 5

Wir haben nicht vor, den Lehrplan umzustellen. Das liegt nicht in unserer Kompetenz. Vielmehr geht es darum, dass die Stadt Zürich im Bereich der Berufs- und Laufbahnberatung über Instrumente verfügt. Da haben wir einen gewissen Handlungsspielraum und sind bereit, das Anliegen zu prüfen und gegebenenfalls dort anzusetzen. Die Sorge von Stefan Urech (SVP), dass wir am Ende versuchen könnten, Menschen in Berufe zu drängen, die sie gar nicht wollen, teile ich nicht. Wir verstehen das Anliegen als Öffnung: Alle sollen im Verlauf ihrer Schullaufbahn mit einem breiten Spektrum an Berufen in Kontakt kommen. So kann die Berufswahl informierter, passender und weniger von Geschlechterstereotypen geprägt erfolgen. Wenn uns das ein Stück weit gelingt, ist das eine gute Sache für alle. Niemand muss Angst haben, dass ihm jemand «ins Gärtli trampt», wo er oder sie nicht hingehört. In diesem Sinn ist der Stadtrat bereit, das Postulat zu prüfen.

Das Postulat wird mit 86 gegen 27 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat